

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15

Inhalt

Die Politik muß endlich ihren Gestaltungsauftrag in Ostdeutschland wahrnehmen, fordert Wolfgang Thierse MdB.

Seite 1

Klare Bonner Rahmenbedingungen für die Nutzung des neuen elektronischen Leitsystems Telematik verlangt Klaus Daubertshäuser MdB.

Seite 3

Kinkets Leistungsbegriff programmiert die kulturelle Verarmung stellt Wolfgang Zelsig mit Blick auf Äußerungen des FDP-Vorsitzenden fest.

Seite 3

49. Jahrgang / 101

30. Mai 1994

Aufschwung für alle - auch in Ostdeutschland

Die Politik muß endlich ihren Gestaltungsauftrag wahrnehmen

Von Wolfgang Thierse MdB

Stellvertretender SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Die Politik muß endlich ihren Entwicklungs- und Gestaltungsauftrag in Ostdeutschland wahrnehmen. Neben der ruinösen Hinterlassenschaft der DDR-Ökonomie hat eine Politik, die alleine auf die Kräfte des Marktes vertraut und die Hände in den Schoß gelegt hat, wesentlich zur Deindustrialisierung der neuen Bundesländer beigetragen. Übriggeblieben sind Industriestandorte und Regionen (und keine Einzelbetriebe), die wir als innovative Kerne verstehen. Zu ihnen gehört als nicht zu vernachlässigender Faktor eine gut ausgebildete Facharbeitnehmerschaft in der Region.

Gestaltungsaufgabe von Politik muß es sein, investive Kapitalmittel privater Unternehmen, staatliche Fördergelder, innovative Produktideen, Forschungskapazitäten und noch vorhandenes Arbeitskräftepotential an geeigneten Standorten zusammenzubringen und so zur ökonomischen und sozialen Restrukturierung der neuen Bundesländer beizutragen. Bisher wird die Politik dieser Aufgabe nicht gerecht. Weil diese gestaltende Aufgabe nicht wahrgenommen wird, entsteht zwischen den verschiedenen Industriestandorten der neuen Bundesländer eine Konkurrenz bei ihrer Suche nach Investoren, bei den Technologieinitiativen und -programmen und bei der Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten.

In diesem gemeinsam von allen Beteiligten erarbeiteten und verabschiedeten Konzept geht es nicht um ideologische Richtungsentscheidungen, sondern um realistische, politikfähige Weichenstellungen, die von nachhaltiger Wirkung sein werden. Nur so wird der augenblicklich viel beschriebene "Aufschwung" nicht spurlos an Ostdeutschland und am Arbeitsmarkt vorbeigehen.

Politik zum Ausbau und zur Entwicklung der noch vorhandenen innovativen Kerne muß folgende Ziele anstreben:

- Steigerung des Absatzes von Produkten aus den neuen Bundesländern;
- Entwicklung moderner und vielseitiger Industriestandorte;

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kleinformatiger Umfang
mit vermindertem Rohstoffverbrauch
Recycling-Papier



- Erhalt und Ausbau innovativer und industrieller Kompetenzen;
- Aufbau handlungsfähiger task forces (als Beratungsgremien) zur flexiblen und situationsgerechten Ergänzung der Ministerialverwaltungen;
- Entwicklung und Bereitstellung geeigneter Instrumente für die erforderliche politische Gestaltung;
- problem- und regionenbezogene Konzentrierung der Fachpolitiken des Bundes und Länder;
- Organisation eines Zukunftsdiskurses zwischen Bund, Ländern, Unternehmen und Gewerkschaften zur industriellen Entwicklung in den neuen Bundesländern.

Kurzfristig schlagen wir vor:

1. eine Regionalisierung der öffentlichen Beschaffung unter anderem durch eine vorübergehende Bevorzugung von Unternehmen mit hohen Wertschöpfungsanteilen in den neuen Bundesländern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge;
2. eine Regionalisierung der privaten Beschaffung mittels einer (befristeten) steuerlichen Begünstigung der Wertschöpfung bei Produkten, die in den neuen Bundesländern gefertigt werden;
3. eine markt- und produktbezogene Restrukturierung der Unternehmen und eine Reorganisation der Produktion etwa über Kooperationen und Verbundlösungen;
4. eine Prozeßstabilisierung in den innovativen Kernen unter anderem durch eine befristete öffentliche Unterstützung von Unternehmen in geeigneten Kernindustrien;
5. die Förderung von Arbeit statt der Förderung von Arbeitslosigkeit zum Beispiel durch die Sicherung von Beschäftigung durch Lohnsubventionen;
6. eine problem- und regionenbezogene Konzentrierung der verschiedenen Politiken;
7. die Einrichtung projektmäßig organisierter task forces als Reorganisation des administrativen Apparates.

Mittel- und langfristig muß es um folgende Ziele gehen:

1. gezielte Ansiedlungsförderung zur Bildung von industriellen Zuliefer- und Netzwerkstrukturen (Industrial cluster);
2. Akzentuierung der Innovationsförderung zur Unterstützung regionalspezifischer Formen der industriellen Modernisierung;
3. Reorganisation der Forschungs- und Entwicklungsstrukturen und Integration qualifizierten Forschungspersonals;
4. Zukunftssicherung industrieller Standorte durch den Beitrag der Universitäten;
5. qualifizierte industrielle Entwicklungen durch Sicherung der betrieblichen Ausbildung;
6. Beschäftigungsförderung durch Differenzierung der Industriestruktur;
7. Modernisierung des Staates.

(-/30. Mai 1994/rs/ks)

Telematik - eine Chance für alle Verkehrsträger

Die Politik muß klare Rahmenbedingungen für dieses neue elektronische Instrument definieren

**Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Telematik als Oberbegriff für elektronische Leit-, Sicherungs-, Kommunikations-, Kontroll- und Informationssysteme bietet die Chance, kooperatives Verkehrsmanagement unter Einbeziehung aller Verkehrsträger modern zu organisieren. Sie ist damit unverzichtbare Voraussetzung für die operative Umsetzung eines integrierten Gesamtverkehrskonzepts, ohne das eine menschen- und umweltgerechtere Umgestaltung unseres Verkehrssystems nicht gelingen wird.

Der Begriff Telematik ist durch die von der Bundesregierung zu vertretende Einengung der öffentlichen Diskussion auf elektronisches Road-Pricing in Mißkredit geraten. Er ist für die Bürger damit zum Synonym für "Geld aus der Tasche ziehen" geworden. Telematik geht jedoch in ihrer Bedeutung weit darüber hinaus, wenn sie - anders, als dies die Bundesregierung plant - nicht nur auf den Straßenverkehr begrenzt wird. Diese zukunftsweisende Technologie, bei der die deutsche Industrie weltweit führend ist, muß vielmehr verkehrsträgerübergreifend und multifunktionell eingesetzt werden.

Dies bietet gleichzeitig Finanzierungschancen, zum Beispiel durch die Einbeziehung auch verkehrsferner Funktionen. Ein Beispiel hierfür ist die Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Madrid und Sevilla in Spanien. Die Lichtleiter für die Signal- und Leittechnik haben eine so große Kapazität, daß ohne Störung des Bahnbetriebs auch Fernsehprogramme von Madrid aus in das Kabelnetz in Sevilla gegen Gebühr übertragen werden.

Die Instrumente stehen alle zur Verfügung. Die Politik muß nun klare Rahmenbedingungen für ihren Einsatz definieren, wozu auch der Bereich der Normung auf europäischer Ebene gehört. Die Industrie kann dies alleine nicht leisten.

Das Hin- und Herschieben der Verantwortung und die Einengung der Diskussion auf den Straßenverkehr müssen deshalb beendet werden; entscheidend für die Akzeptanz des Einsatzes dieser neuen Technologie in der Gesellschaft ist die Einbindung überschaubarer Teilschritte in eine nachvollziehbare Gesamtstrategie.

(-/30. Mai 1994/rs/ks)

Die FDP geht in Stellung gegen unseren Sozialstaat Kinkels Leistungsbegriff programmiert die kulturelle Verarmung

Von Wolfgang Zelsig

Wenn Klaus Kinkel die FDP jetzt als "Wirtschaftspartei" definiert, als Partei der "Leistungsträger", muß das nicht zwangsläufig die Verkündung eines Sozialdarwinismus bedeuten, in jedem Fall geht die FDP damit aber in Stellung gegen unseren Sozialstaat. Verteilungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft soll weniger denn je Sache der FDP sein.

Schon die Behauptung, wir seien eine Leistungsgesellschaft, ist angreifbar. In Wirklichkeit hängen Einkommen und Fortkommen bei uns nur sehr bedingt von individueller Leistung ab. Die bestehende Einkommensverteilung ist zugleich einer der Hauptgründe für die Überbeanspruchung unseres Systems sozialer Sicherung.

Der von Kinkel verwendete Leistungsbegriff orientiert sich zudem ausschließlich an den Fähigkeiten zur individuellen Durchsetzung im Wirtschaftsleben. Fähigkeiten, die nicht in Heller und Pfennig umgerechnet werden können, aber menschlich wertvoll und gesellschaftlich wichtig sind, werden dabei vernachlässigt. Eine an diesem verengten Leistungsbegriff ausgerichtete gesellschaftliche Entwicklung führt zu einer kulturellen Verarmung, die durch nachträgliche Klagen über fehlende soziale Phantasie und Verantwortungsbereitschaft nicht ausgeglichen werden kann.

Es ist zwar richtig, daß in der Wirtschaft das Leistungsprinzip praktiziert wird. Aber die Wirtschaft folgt dabei einer eigenen Logik. In einem früheren Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung findet sich unter dem Stichwort "Verteilungsgerechtigkeit" zum Beispiel folgende Stelle: "Die Verheißung einer fairen Einkommensverteilung, die der marktwirtschaftlichen Idee nach darin liegt, daß jeder mit seiner Leistung selbst über seinen Anteil entscheiden kann, wird von der marktwirtschaftlichen Praxis nicht eingelöst. Denn der Markt bewertet die Leistung des einzelnen nicht nach der Anstrengung, die sie erfordert, sondern danach, wieviele sie anbieten, und wie stark sie nachgefragt wird. Es erzielt also der ein besonders hohes Einkommen, der eine Leistung anbietet, die gemessen an der Nachfrage besonders knapp ist."

Der Markt verteilt also Einkommen weder nach den Bedürfnissen, noch bewertet er die Leistung des einzelnen letztlich nach der Anstrengung, die sie erfordert, sondern nach ihrem Knappheitsgrad.

Es gehört schon eine Portion Überlebensangst der FDP dazu, an eine naive Leistungsgläubigkeit zu appellieren und die Marktwirtschaft mit einem verengten Leistungsbegriff einseitig zum Parteiprogramm zu machen. Die naive Leistungsgläubigkeit geht davon aus, daß es am einzelnen Menschen liegt, ob er etwas leistet, er muß es nur wollen. Eine Begrenzung zur Leistung ist hier nicht vorgesehen. Auch Vor- und Nachteile für die Gesellschaft werden nicht in Rechnung gestellt.

Gerade in der gegenwärtigen Situation mit erheblichen sozialen Spannungen ist es besonders wichtig, soziale Verantwortung einzufordern. Man mag es eigentlich nicht glauben, aber die FDP ist statt dessen auf dem besten Wege, eine Partei des unsozialen und unchristlichen Interessenkampfes für eine Klientel zu werden, die sich "als Leistungsträger empfindet und sich intelligent vorkommt" (Süddeutsche Zeitung). Die Rechnung der FDP, auf diese Weise mehr Stimmen zu fangen, darf und wird hoffentlich nicht aufgehen.

(-/30. Mai 1994/rs/ks)
